

Aktuelle SPD-Anträge zur Kleingartendiskussion

## **Verbesserungsvorschläge zum Kleingartenentwicklungskonzept: Bestandsschutz und Diskriminierungsverbot**

### **Vermarktung der Kolonie 68a an der Kanzleistraße wird abgelehnt**

Das Flensburger Konzept zur zukünftigen Entwicklung der Kleingärten findet in der vorliegenden Form nicht die Zustimmung der SPD. Die Sozialdemokraten sind vor allem mit den Passagen nicht einverstanden, in denen es um die mögliche Räumung oder Umwidmung der Kolonien am Wasserturm geht. „Die Formulierungen, in denen es um den so genannten strukturellen Fortfall der Kolonien 79a und 114 geht, sind für uns und die Nutzer nicht akzeptabel“, meint der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. Einen entsprechenden Änderungsantrag zum Konzept haben die Sozialdemokraten jetzt auf den Weg gebracht.

Matthias Epping, Mitglied des Planungsausschusses, dazu: „Keine Bebauung am Wasserturm! Diese Meinung hat die SPD schon immer vertreten. Auch das vorgelegte Kleingartenentwicklungskonzept kann diese Meinung nicht ändern, da das Konzept nicht erkennen lässt, warum eine Kolonie 79a im Vergleich zu anderen Kolonien so schlecht da steht, dass sie fortfallen könnte. Der Anteil an Familien mit Kindern ist erfreulich und der Anteil der Kleingärtner aus dem nahen Umfeld sehr gut. Der Leerstand in der Kolonie resultiert hauptsächlich aus der Sperre, die für die Vermietung von Parzellen verhängt wurde. Daher gibt es keine objektiven Gründe, die einen strukturellen Wegfall rechtfertigen. Deshalb bleibt die SPD dabei: Keine Bebauung am Wasserturm!“

Die SPD fordert in ihrem Antrag darüber hinaus, dass zukünftige Veränderungen grundsätzlich nur dann erfolgen, wenn gleichzeitig auch das Kleingartenentwicklungskonzept fortgeschrieben wird. „Kleingartenentwicklung ist auch Stadtentwicklung und darf nicht einfach vorbehaltlos anderen Zielen wie Gewerbeentwicklung oder Siedlungsflächenausweisung untergeordnet werden. Wir brauchen bei Zielkonflikten einen fairen Interessenausgleich“, so Helmut Trost.

Wichtig ist den Sozialdemokraten auch das Diskriminierungsverbot. „Die Vergabe von Parzellen muss frei von Diskriminierung hinsichtlich der Herkunft, der sexuellen Orientierung, der Sprache, der Behinderung oder des Glaubens sein,“ heißt es dazu im SPD-Antrag.

Die SPD-Ratsfraktion spricht sich auch klar dagegen aus, jetzt eine Bebauung der Kleingärten an der Kanzleistraße, Kolonie 68a, vorzunehmen. Sie fordert deshalb die Verwaltung auf, keine Vermarktung des in städtischem Eigentum befindlichen Geländes vorzunehmen. In einem Antrag an den Hauptausschuss wird vorgeschlagen, mit dem Verein der Gartenfreunde einen langfristigen Pachtvertrag für die Kolonie abzuschließen.

Nach Auffassung der SPD ist es nicht so, dass ein übermäßiger Leerstand eine Auflösung der Kolonie rechtfertigt. „Auch unter Berücksichtigung der Wohnungsbaubedarfsprognose ist keine zwingende Notwendigkeit gegeben, das bestehende Baurecht jetzt umzusetzen“, meint die SPD. Der gültige Bebauungsplan 144 erlaubt auf der Fläche der Kleingärten Geschosswohnungsbau. Die SPD verweist auch auf das Projekt „Freiland“ in unmittelbarer räumlicher Nähe, das von einem breiten Konsens getragen werde. Das jüngst im Planungsausschuss vorgestellte Projekt solle nachdrücklich unterstützt werden. „Dagegen sehen wir aktuell keine zwingende Notwendigkeit, auf der Fläche der Kolonie 68a zu bauen. Es ist sinnvoll, mit den Gartenfreunden einen Vertrag über eine längere Laufzeit abzuschließen. Das schafft Sicherheit und Klarheit für alle Beteiligten“, meint der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost.“ Was dann in ferner Zukunft mit dem Gelände geschehe, hänge unter anderem von der weiteren Entwicklung der Hochschule, des Wohnungsbedarfes in der Nähe des Campus, aber auch von der zukünftigen Nachfragesituation für Kleingärten ab.

Der SPD-Ortsverein Stadtmitte weist darauf hin, dass „die Kleingärten für ihre Pächter einen sehr wichtigen Teil ihrer Lebensqualität darstellen und auch eine soziale Funktion haben“, so Vorstandsmitglied Frank Hamann. „In den letzten Jahren wurde in Gemeinschaftsarbeit nicht unerheblich in die Parzellen investiert, sowohl Geld als auch Arbeit.“

Die SPD-Anträge werden in den Ausschuss für Stadtentwicklung, der am 31. März tagt, und am 7. April in den Hauptausschuss eingebracht.